

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

17. WP - 2. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. November 2009, 14 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Hans Göttsch (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Mark-Oliver Potzahr (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Ursula Sassen (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Bernd Heinemann (SPD)

Siegrid Tenor-Alschausky (SPD)

Anita Klahn (FDP)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Antje Jansen (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Heike Franzen

### **Weitere Abgeordnete**

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| <b>Tagesordnung:</b>  | <b>Seite</b> |
|---|--------------|
| <b>1. a) Vorstellung des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Dr. Heiner Garg</b>   | <b>4</b>     |
| <b>b) Vorstellung von Staatssekretärin Dr. Bettina Bonde</b>  |              |
| <b>2. Verleihung des Bürgerpreises<br/>(gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband)</b>  | <b>6</b>     |
| <b>3. Terminplan für das erste Halbjahr 2010</b>  | <b>7</b>     |
| Umdruck 17/13   |              |
| <b>4. Bericht des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit<br/>über die Ausbreitung der H1N1-Grippe und die getroffenen<br/>Gegenmaßnahmen</b> | <b>8</b>     |
| Antrag des Abgeordneten Bernd Heinemann (SPD)<br>Umdruck 17/26  |              |
| <b>5. Verschiedenes</b>   | <b>12</b>    |

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Abg. Dr. Bohn beantragt, die Tagesordnung um den Punkt „UK S-H - Teilprivatisierung der Service GmbH“ zu erweitern. Abg. Baasch unterstützt diesen Antrag. Abg. Sassen spricht sich dagegen aus. Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag abzulehnen. Die Tagesordnung wird sodann in der vorstehenden Fassung bei Enthaltung der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**a) Vorstellung des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit,  
Dr. Heiner Garg**

M Dr. Garg stellt seine Person und seinen bisherigen beruflichen Werdegang vor.

Er berichtet, nach Abgabe der Regierungserklärung werde in einer Kabinettsklausur ein Arbeitsprogramm beschlossen werden. Sobald dieses beschlossen sei, sei er bereit, dieses im Detail im Ausschuss vorzustellen und gemeinsam mit dem Ausschuss konstruktiv zu diskutieren.

Abg. Baasch bezieht sich auf eine Äußerung des Ministerpräsidenten in der „Landeszeitung“. Danach habe dieser angekündigt, Vereine und Verbände künftig ausschließlich im Rahmen von Projektförderung zu finanzieren. Er fragt nach möglichen Auswirkungen dieses Vorhabens auf die im sozialen Bereich tätigen Verbände und Vereine.

M Dr. Garg antwortet, auch solche Fragen seien Bestandteil des noch zu beschließenden Arbeitsprogramms. Die Frage, wie in Zukunft gefördert werden, betreffe alle Häuser.

Abg. Kalinka erkundigt sich nach organisatorischen und personellen Veränderungen im Ministerium.

M Dr. Garg legt dar, die Abteilung für Atomaufsicht und Strahlenschutz ressortierten nunmehr im Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration. Die Zuständigkeit für

Verbraucherschutz sei an das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume gegangen. Neu hinzugekommen seien die Referate zum Bereich Arbeitsmarktpolitik.

Personelle Veränderungen habe es gegeben in der Hausspitze, beim Leiter des Stabsbereichs, seinem Persönlichen Referenten sowie dem Pressesprecher, der auf einen Wunsch in das Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration wechsele. Er, M Dr. Garg, habe sich zum Ziel gesetzt, mit den Menschen, die auch in der Vergangenheit engagiert in seinem Ministerium gearbeitet hätten, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

**b) Vorstellung von Staatssekretärin Dr. Bettina Bonde**

St Dr. Bonde stellt ihre Person sowie ihren bisherigen beruflichen Werdegang vor.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Verleihung des Bürgerpreises  
(gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband)**

Der Ausschuss beschließt, auch in der 17. Wahlperiode gemeinsam mit dem Sparkassen- und Giroverband den Bürgerpreis zu verleihen.

Auf Anregung des Abg. Baasch kommt der Ausschuss überein, in die Jury auch die ehemalige Vorsitzende des Sozialausschusses zu berufen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Terminplan für das erste Halbjahr 2010**

Umdruck 17/13

Der Ausschuss verständigt sich einstimmig auf die aus Umdruck 17/13 ersichtlichen Termine.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Arbeit, Soziales und Gesundheit über die Ausbreitung der H1N1-Grippe und die getroffenen Gegenmaßnahmen**

Antrag des Abgeordneten Bernd Heinemann (SPD)  
Umdruck 17/26

M Dr. Garg berichtet, der Hersteller des Impfstoffes Pandemrix habe auf der Zusammenkunft der Gesundheitsminister des Bundes und der Länder einen Bericht erstattet. Danach seien bundesweit mit Stand vom 11. November 2009 5,3 Millionen Impfdosen ausgeliefert gewesen. Bis Ende November sollten 9,3 Millionen Impfdosen ausgeliefert sein, bis Ende Dezember mindestens 20 Millionen €. Schleswig-Holstein sei mit 3,4 % beteiligt. Das bedeute, dass mit Stand vom 11. November 2009 184.000 Impfdosen ausgeliefert seien und geplant sei, bis Ende November 310.000 und bis Ende Dezember circa 680.000 Impfdosen auszuliefern.

Im Folgenden bezieht er sich auf die aus Umdruck 17/26 ersichtlichen Fragen.

Zu 1: Das Meldeverfahren werde in Kürze verändert. Die Erfassung von Erkrankungs- und Verdachtsfällen sei aktuell nicht mehr erforderlich beziehungsweise nicht mehr leistbar. Nach der Meldestatistik des RKI vom 4. November seien in Schleswig-Holstein mehr als 800 Erkrankungen zu verzeichnen. Die Zahlen stiegen schnell an. Nicht bekannt sei, ob es eine Betroffenheit besonderer Bevölkerungsgruppen gebe. Die Betroffenheit von Altersgruppen sei im Internet mit zeitlicher Verzögerung zu ersehen.

Zu 2 und 5: Die aktuelle Strategie sei darauf ausgerichtet, die Folgen der Influenzawelle abzumildern. Absoluten Vorrang habe die Impfung. Wichtig sei die Therapie bei Erkrankungen. Sofern Medikamente für die Therapie knapp würden, biete das Land den Apotheken die bevorrateten Medikamente an.

Die Kreise und kreisfreien Städte, die Krankenhäuser, die Ärzteschaft und so weiter seien in den letzten Jahren durch Planunterlagen, Planbesprechungen und Informationen um die befürchtete Pandemie auf die Situation vorbereitet worden. Dies müsse nun greifen. Über die auf der Internetseite enthaltenen Hinweise, Planungsunterlagen und dergleichen hinaus gebe es keine „Geheimstrategien“; es gebe aber einzelne Überlegungen zur Einbindung besonderer Strukturen je nach Bedarf in Impfmaßnahmen oder Therapien.



Kindergemeinschaftseinrichtungen könnten bei Krankheitshäufungen als Ultima Ratio geschlossen werden. Dabei müssten Verhältnismäßigkeit und vor allem Tauglichkeit geprüft werden. Aktuell werde eine flächendeckende Schließung von Schulen nicht befürwortet, und zwar weder von der WHO noch vom RKI noch dem Ministerium oder den Gesundheitsämtern. Die Viruszirkulation innerhalb der Bevölkerung sei weit fortgeschritten, eine Ansteckung überall möglich. Nur in Einzelfällen könnten Schulschließungen sinnvoll sein. Dabei werde das Gesundheitsamt als Fachbehörde beteiligt. Schulen könnten auch selbst den Betrieb einstellen, wenn beispielsweise viele Lehrer oder Schüler nicht zum Unterricht erschienen.

Zu 3: Thiomersal sei das Natriumsalz einer Quecksilberverbindung und werde als Konservierungsstoff in dem Impfstoff Pandemrix verwendet. Das Paus-Ehrlich-Institut nehme zu dem Thiomersal-Bestandteil und der möglichen Auslösung allergischer Reaktionen auf seiner Internetseite - [www.pei.de](http://www.pei.de) - Stellung. Eine bestehende Thiomersal-Kontaktallergie sei auch gemäß Fachinformation des Herstellers keine Kontraindikation für eine Impfung mit Pandemrix. Bei bestehender Thiomersal-Allergie seien in Einzelfällen generalisierende Hautreaktionen, jedoch keine anaphylaktischen Reaktionen beobachtet worden. Thiomersal sei ein Kontaktallergen. Kontaktallergien würden durch Typ-IV-Reaktionen des Immunsystems hervorgerufen, ein anaphylaktischer Schock durch eine Typ-I-Reaktion. Typ-I-Reaktionen seien bei der Anwendung von thiomersalhaltigen Impfstoffen nicht zu erwarten.

Bei Allergien gegen Hühnereiweiß-, Formaldehyd-, Gentamicinsulfat und Natriumdeoxycholat sei eine Impfung kontraindiziert, wenn bei einer bekannten Überempfindlichkeit frühere anaphylaktische Reaktionen aufgetreten seien. Der Hersteller weise in der Fachinformation darauf hin, dass bei einer bekannten Überempfindlichkeit gegen ein der Bestandteil die Impfung unterbesonderen Vorsichtsmaßnahmen angewendet werden solle.

Zu 4: Weitere Impfstoffe seien derzeit nicht verfügbar. Celvapan stehe nur dem Bund in begrenzten Mengen zur Verfügung.

Grundsätzlich problematisch bei Celvapan sei, dass es sich um einen Ganzvirusimpfstoff handle, der durch einen höheren Anteil an Virusbestandteilen stärkere Impfreaktionen hervorrufen könne als Pandemrix. In der Vergangenheit seien Ganzvirusimpfstoffe als saisonale Influenza-Impfstoffe eingesetzt worden. Die Datenlage zur Wirksamkeit und Verträglichkeit sei im Vergleich zu Pandemrix deutlich geringer; für Kinder gebe es gar keine Daten. Dieser Impfstoff liege in Mehrdosenbehältnissen vor und müsse unmittelbar nach Anbruch möglichst vollständig verbraucht werden.

Beabsichtigt sei die Beschaffung von Impfstoffen, die nicht adjuvantiert seien, um Schwangeren eine Alternative zum im Grundsatz geeigneten Impfstoff Pandemrix anbieten zu können. Dieser Impfstoff der Firma CSL, der zurzeit in der Bundesrepublik noch nicht zugelassen sei, solle voraussichtlich ab Dezember bereitgestellt werden. Die Meldung, dass es sich um einen generell besseren Impfstoff handele, sei unzutreffend.

Die Impfstoffe, die Schleswig-Holstein erreichten, würden über die Logistikapotheken schnell auf den Weg zu den Impfpraxen gebracht. Empfohlen werde eine Impfung im sogenannten gestuften Verfahren, wobei zunächst der Personenkreis mit einem höheren Risiko geimpft werden solle.

In fast allen Fällen gebe es nach wie vor einen recht milden Verlauf der sogenannten neuen Grippe. Je mehr Infektionen es gebe, desto mehr schwere Verläufe werde es auch geben.

Auf eine Frage des Abg. Heinemann erläutert M Dr. Garg, für den Fall, dass der bisher nicht zugelassene Impfstoff der Firma CSL ohne Wirkstoffvertreter zugelassen werde, sollten bundesweit etwa 150.000 Dosen Impfstoff angekauft werden, die nach demselben Schlüssel wie Pandemrix auf die Länder verteilt würden. Von dort finde der Impfstoff den Weg in die gynäkologischen Facharztpraxen und stehe als mögliche Alternative für Schwangere zur Verfügung.

Abg. Dr. Bohn fragt grundsätzlich, ob die vorhandenen Impfstoffe ausreichen, nach Vorräten an Neuramidosehemmern sowie einer bundeseinheitlichen Strategie bei möglichen künftigen Pandemien.

M Dr. Garg berichtet, die Zusammenkunft der Gesundheitsminister habe sich zum Stichwort bundeseinheitliche Strategie insbesondere mit der Frage beschäftigt, warum ein funktionierendes Gesundheitssystem in der Bundesrepublik Deutschland nicht damit betraut werde, den Pandemieplan umzusetzen, sondern Regierungsbehörden damit betraut seien.

Zu dem Thema „besonderer Impfstoff“ für Schwangere betont er, dass Pandemrix auch für Schwangere und Kinder ab sechs Monaten zugelassen sei. Er wiederholt, der neue Impfstoff ohne Wirkverstärker werde voraussichtlich Ende November in der Bundesrepublik die Zulassung erhalten und stehe dann als Alternative zur Verfügung.

AL Dr. Buck geht auf die Vorratshaltung ein und legt dar, das Ministerium habe einen Überblick, was die Apothekenbevorratung von Medikamenten anbelange. Daraus könne die Zahl

der zunehmenden Erkrankungsfälle abgelesen werden. Bekannt sei, dass die Apotheken weiterhin beliefert würden und ihre Bestände auffüllten. Derzeit gebe es keine Notwendigkeit, an die eingelagerten Rohsubstanzen heranzugehen. Dies wäre dann der Fall, wenn ersichtlich sei, dass die auf dem normalen Markt eingekauften Mittel nicht ausreichten.

Eingelagert werde Impfstoff für etwa 20 % der Bevölkerung. Die Verteilung erfolge zentral. Dann allerdings müsse eindeutig nachgewiesen sein, dass auf dem Markt keine entsprechenden Medikamente mehr erhältlich seien.

Abg. Sassen hält es für erforderlich, auf einer bundeseinheitlichen Strategie die Länderspezifika zu berücksichtigen.

Abg. Kalinka erkundigt sich genauestens bezüglich des Impfstoffs der Firma CSL nach der Entwicklung, möglichen klinischen Tests sowie danach, inwieweit sich dieses Präparat von bereits zugelassenen Präparaten unterscheidet.

AL Dr. Buck legt dar, bei CSL handelte es sich um einen weltweit tätigen Pharmakonzern. Der in Rede stehende Impfstoff sei bereits im außereuropäischen Ausland und in Schweden zugelassen und werde dort eingesetzt. Sie schildert sodann kurz das Zulassungsverfahren in der Bundesrepublik.

Auf eine weitere Nachfrage des Abg. Kalinka sagt M Dr. Garg zu, dem Ausschuss schriftlich darzulegen, in welcher Form Prüfungen und Tests des neuen Impfstoffs der Firma CSL durchgeführt worden seien.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Baasch bittet, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung über die Umsetzung der Einrichtung von Pflegestützpunkten in Schleswig-Holstein sowie die Umsetzung von Verordnungen zum Pflegegesetzbuch II zu berichten.

Außerdem - so legt er dar - solle dem Ministerium ein Bericht zur Umsetzung des Kinderschutzgesetzes vorliegen, den ein Beirat erarbeitet habe. Er bittet, auch darüber in der nächsten Sitzung zu berichten.

Abg. Kalinka bittet, dem Ausschuss - unabhängig von der Berichterstattung - eine Übersicht über die Personal- und Sachkosten der Pflegestützpunkte zuzuleiten. - M Dr. Garg sagt dies zu, weist aber darauf hin, dass dies wegen der notwendigen Abfrage der Kreise und kreisfreien Städte einige Zeit in Anspruch nehmen könne.

Abg. Heinemann erkundigt sich nach der Krankenhausplanung 2010. M Dr. Garg führt aus, dem Kabinett werde diese voraussichtlich Anfang nächsten Jahres zur Kenntnis gegeben werden. Sobald sie dem Kabinett vorliege, werde sie auch dem Landtag zugeleitet werden.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 15:25 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin